

(Antrag eingebracht vom Bezirksvorstand ver.di-Nord)

Kriegsprävention statt Militäreinsätze! – Verzicht auf Gewalt!

Kooperation statt Konfrontation!

Abrüstung jetzt!

Als Organisation der arbeitenden Menschen vertreten die Gewerkschaften auch das Interesse an der Sicherung des Friedens, an der Verhinderung oder Beendigung von Kriegen. Sie verstehen sich deshalb als natürlicher Teil der Friedensbewegung und fordern gemeinsam mit anderen Friedenskräften von der Deutschen Bundesregierung:

- Keine weitere Aufrüstung der Bundeswehr, stattdessen Abrüstung und Verwendung der Rüstungs- und Kriegsmilliarden für soziale Zwecke!
- Insbesondere keine Ausrüstung der Bundeswehr mit bewaffneten Kampfdrohnen, keine „Stationierung“ im schleswig-holsteinischen Jagel!
- Keine Rüstungsexporte in Krisenregionen und langfristiger Stopp aller Rüstungsexporte und Rüstungsproduktionen!
- Entwicklung einer Handlungsperspektive zur Umstellung der Rüstungsindustrie auf nachhaltige Produktionsziele (Konversion)!
- Konsequente Ablehnung der geplanten Stationierung neuer US-Atomwaffen in Büchel. Beendigung jeglicher Gedankenspiele über eine atomare Bewaffnung Deutschlands! Diplomatische Bemühungen um einen weltweiten Verbotsvertrag für Atomwaffen!
- Schluss mit dem Kriegseinsatz der Bundeswehr in Syrien und Irak! Auch alle anderen Auslandseinsätze ohne UN-Mandat sind zu beenden!
- Keine Beteiligung Deutschlands am Konfrontationskurs der NATO gegen Russland – weder an Kriegsmanövern noch an der Militärpräsenz in Osteuropa. Frieden in Europa gibt es nur mit und nicht gegen Russland.
- Deutschland setzt sich für eine **europäische Friedensordnung** ein, die die Sicherheitsinteressen aller Nachbarländer berücksichtigt. Dazu müssen entsprechende Initiativen in die zuständigen Gremien der EU eingebracht werden.

Die Schaffung einer „europäischen Armee“ mit Deutschland als zentralem „Rahmenpartner“ ist dabei nicht weiter zu verfolgen! Die OSZE muss gestärkt werden und mit ihrer zivilen Maßnahmen zur Konfliktprävention und Konfliktlösung. Auch für das zivile „Peace-Keeping“ im Rahmen der UNO müssen bessere Konzepte erarbeitet und größere Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

- Solidarität mit den Flüchtlingen! Schutz und Sicherheit für alle Opfer aus Kriegsgebieten und den von Hunger, Armut und Umweltzerstörung heimgesuchten Ländern. Das Massensterben im Mittelmeer muss beendet werden. Die Schutzsuchenden brauchen legale Einreisemöglichkeiten nach Europa.
- Die sozialen und ökologischen Konflikte werden durch die strukturelle Gewalt einer globalisierten neoliberalen Ökonomie verschärft. Deshalb: „fair-trade“, Gerechtigkeit und die Beachtung der Menschenrechte in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen.

Begründung:

Militärinterventionen der letzten Jahrzehnte sind gescheitert. Die Kriegseinsätze in Afghanistan, Irak, Libyen oder Syrien haben zu Opfern und Zerstörungen in diesen Ländern geführt und vielfältige neue Unsicherheiten geschaffen. Sie haben die internationalen Beziehungen verschlechtert, Konflikte geschürt, und der „Krieg gegen den Terror“ hat den Extremismus gefördert. Millionen von Menschen haben Heimat und Existenzgrundlage verloren. Krieg darf kein Mittel der Politik sein!

Unter Bruch des Grundgesetzes ist Deutschland die militärische Drehscheibe für die US- und NATO-geführten Kriege. Auf deutschem Boden befinden sich die wichtigsten NATO- und US-Kommandozentralen, wie der Militärstützpunkt Ramstein, der Atomwaffenstützpunkt Büchel, aber auch der Bundeswehr-Fliegerhorst Jagel in Schleswig-Holstein, von dem aus zukünftig deutsche „Killerdrohnen“ eingesetzt werden sollen.

Die Bundesregierung hat angekündigt, in den nächsten 15 Jahren zusätzlich 130 Milliarden Euro in die Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr zu stecken und darüber hinaus schrittweise die jährlichen Militärausgaben von heute 34,3 Mrd. auf 2 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP), also rund 60 Mrd. Euro zu erhöhen. Im Bundeshaushalt würde das einen Anteil von fast 20 % bedeuten! Diese Milliarden werden fehlen beim dringend notwendigen Ausbau des Bildungs- und Sozialwesens, bei der Stabilisierung des Rentensystems. Sie werden auch dringend benötigt für die notwendige Integration der Flüchtlinge, für Umweltmaßnahmen und den Verkehrswegebau!

Im Jahr 2015 wurden von der Bundesregierung Rüstungsexporte in Höhe von 12,8 Mrd. genehmigt, also im Vergleich zum Vorjahr beinahe verdoppelt.